

# Straßenbau: FDP schimpft

Grün-Rot betreibe „Blockadepolitik“ / Claus Paal, CDU, fordert mehr Transparenz

Waiblingen.

Der Landtagsabgeordnete Jochen Haußmann (FDP) übt Fundamentalschelte an den Ergebnissen der grün-roten Straßenbaukonferenz (*wir berichten*), Claus Paal (CDU) stört sich vor allem an fehlender Transparenz in Sachen Ortsumfahrung Miedelsbach.

„Der Bundesstraßenbau in unserer Region findet nicht mehr statt“ – so deutet Jochen Haußmann die Priorisierungsliste von Grün-Rot. Der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion schreibt in einer Pressemitteilung: „Ich fordere Landesverkehrsminister Winfried Hermann auf, sich beim Bund für den Weiterbau der B 14 einzusetzen. Die Landesregierung muss ihre Blockadepolitik in Sachen Straßenbau endlich aufgeben.“ Haußmann empört sich auch darüber, dass der grün-rote Vorschlag für den Bundesverkehrswegeplan unter dem Stichwort „entfallen“ das Projekt „B 29/L1115, Ausbau Backnang – Anschlussstelle Mundelsheim“ auflistet

In der Anmeldeleiste enthalten ist dagegen die B-14-Ortsumfahrung Oppenweiler mit einem Finanzierungsbedarf von 43,5 Millionen Euro. Bei den ebenfalls vorgestellten Landesstraßenprojekten finden sich unter Ausbaumaßnahmen die L 1127 mit dem Ausbau zwischen der Kreisgrenze und Winnenden und dem Ausbau zwischen der Kreisgrenze und Affalterbach. Haußmann bemängelt: Der Kreis habe doch Entgegenkommen gezeigt, indem er „auf zwei Straßen in den Bereichen Allmersbach und Winterbach sowie den Ausbau Schorndorf-Oberberken“ verzichtet habe. „Umso trau-

riger“ sei es, „wenn das Land uns bei der B 14 hängenlässt.“ Zuständig für die Finanzierung der B 14 – so viel zur Einordnung – ist aber nicht das Land, sondern der Bund.

Wägend argumentiert Claus Paal, CDU: Dass die Ortsumfahrung Miedelsbach weiterhin als wichtiges Projekt geführt wird, sei „erfreulich und richtig. Es erschließt sich mir allerdings nicht“, warum die Straße „in der Priorität jetzt weiter hinten

steht“. Wie die Entscheidung zustande kam, sei „nicht transparent dargestellt“. Paal fordert das Verkehrsministerium auf, „anscheinend vorliegende neue Argumente offenzulegen. Zumal beim Ergebnis der Anhörungen in einem vom Ministerium ausgearbeiteten Papier erwähnt wird, dass sich im Rahmen der Anhörung keine Erkenntnisse ergeben, die zu einer grundsätzlich anderen Bewertung des Projektes führen“.

## Der Landrat ist etwa halb zufrieden

■ „Verhalten **optimistisch**“ reagiert Landrat Johannes Fuchs auf die Ergebnisse der Straßenbaukonferenz und hält das grün-rote Vorgehen grundsätzlich für nachvollziehbar: „Da die vorhandenen Mittel nur für einen Teil der notwendigen Maßnahmen reichen, ist eine objektive nachvollziehbare Priorisierung unumgänglich. Deshalb stimmt es uns positiv, dass der Rems-Murr-Kreis nach den Plänen des Landesverkehrsministeriums mit einigen wichtigen Straßenprojekten einen Fuß in der Tür hat“ – auch wenn es sich in Sachen Bundesstraßen nur um „Anmeldungen“ handelt und der Bund das letzte Wort bei der Frage der Realisierung hat.

■ Dass der Ausbau der **B 14** zwischen Backnang-West und Nellmersbach wohl 2016 oder 2017 angepackt wird, sei gut – „allerdings steht derzeit nur ein 1,9 Kilometer langer Abschnitt der insgesamt 7,6 Kilometer langen Strecke zu Buche. Deren Ausbau ist als Ganzes unverzichtbar.“

■ „Erfreulich“ findet es Fuchs, „dass mit

der Ortsumgehung **Oppenweiler** eine zweite wichtige Maßnahme an der B 14 weit oben steht.“

■ Bei den Prioritäten für die **Landesstraßen** sind der Neubau der L 1148 (Ortsumgehung Miedelsbach), der Ausbau der L 1120 (zwischen Kaisersbach und Fornsbach) und der L 1127 von Winnenden über die Kreisgrenze hinaus bis nach Affalterbach hoch eingestuft. Der Autobahnzubringer L 1115 zwischen Backnang und Mundelsheim ist demgegenüber nur „nachrichtlich“ erwähnt. Fuchs folgert: „Beim Autobahnzubringer sind wir leider immer noch keinen entscheidenden Schritt weiter. Da der Rems-Murr-Kreis über keine eigene Autobahn verfügt, ist dieser Zubringer unabdingbar, damit der Nordosten unseres Landkreises aus dem Verkehrsschatten treten kann.“ Der Landrat hofft nun, dass das Land „eine Sonderfinanzierung für die L 1115 auf die Beine stellt“.